

Kann ein Katholik Sozialdemokrat sein?

Mit grünem Zorn sieht die Sozialdemokratie, daß die katholische Arbeiterschaft das sozialdemokratische Evangelium nicht annehmen will. Aber da denkt sie, was auf geradem Wege nicht erreicht werden kann, das läßt sich am Ende erreichen auf dem krummen Wege der Verleumdung und Verdrehung, umsomehr, als nach sozialdemokratischer Moral die Pflicht der Wahrhaftigkeit dem Feinde gegenüber gar nicht gilt. (Kautsky).

Zwei Kniffe und Pfiße wendet die Sozialdemokratie in ihrer Agitation unter der katholischen Arbeiterschaft an. Auf der einen Seite schildert sie die Kirche als eine Feindin des Arbeiterstandes und seines Emporstrebens. Wo das nicht versängt, versucht sie dem Sozialismus ein christliches Mäntelchen umzuhängen und ihn als „christlich“ zu maskieren.

Prüfen wir die Gründe, aus denen nach sozialdemokratischer Lehre ein Katholik Sozialdemokrat sein können.

1. Grund.

Das Urchristentum sei kommunistisch

gewesen d. h. es habe von den Gläubigen die Gütergemeinschaft (Kommunismus) gefordert, die auch von der Sozialdemokratie erstrebt werde. Das wahre Christentum sei daher nicht bei der Kirche, sondern bei der — Sozialdemokratie. Zum Nachweis dieser Behauptung wird verwiesen auf die Apostelgeschichte, wo es von den ersten Christen heißt:

2. Kap., 44 und 45: „Alle welche glaubten, waren beisammen und hatten Alles gemeinschaftlich. Die Besitzungen und das Eigentum verkauften sie und verteilten den Erlös an Alle, wie Jeglicher es notwendig hatte.“

4. Kap., 32: „Die Menge der Gläubigen war Ein Herz und Eine Seele, und nicht ein Einziger nannte von dem, was er besaß, etwas sein eigen, sondern ihnen war alles gemeinsam . . . Nicht einmal ein Dürftiger befand sich unter ihnen. Alle nämlich, welche Besitzer von Aedern oder Häusern waren, verkauften sie und brachten die Wertbeträge des Verkauften und legten sie zu Füßen der Apostel; ausgeteilt aber wurde einem Jeglichen, so wie er bedürftig war.“

Ist das Kommunismus? Kommunismus ist dort wo das Privateigentum gelehnet wird, keiner etwas eigenes besitzen darf, aber nicht dort wo jeder über sein Besitztum verfügen darf und kann, wie er will. Es ist dem Urchristentum nicht im Traum eingefallen, das Privateigentum abzuschaffen; vielmehr konnte jeder sein Besitztum behalten. Was das Urchristentum verlangte, war nur, daß der Besitzende nicht vergesse, daß er Pflichten habe gegen die Armen. Das ergibt sich klar und deutlich aus dem nächsten Kapitel der Apostelgeschichte 5, 1—11, wo die Geschichte von Ananias und Sapphira erzählt ist und Petrus dem Ananias entgegenhält: „Konntest du es nicht behalten als dein Eigentum und ebenso nach dem Verkaufe frei verfügen über das Deinige?“

Nicht also um einen Zwangskommunismus handelt es sich, sondern um eine freiwillige Wohltätigkeit, in welcher die Reichen ihr Besitztum zur Verfügung stellten zur Linderung der Not der Armen. Die Not der ersten Christengemeinde in Jerusalem war deshalb besonders groß, weil in den Jahren 44—48 eine große Hungersnot infolge Mißwachses Palästina heimgesucht hatte und weil viele Christen wegen ihres Festhaltens am Christentum mit Einziehung ihres Vermögens gestraft worden waren.

Aber auch kein Gebrauchskommunismus (Gemeinbesitz der Gebrauchs- [Konsumtions-] Güter) war vorhanden, als ob die Urchristen wie ein richtiges Lumpenproletariat den Besitz der Reichen unter einander verteilt und aufgezehrt hätten. Darum heißt es ausdrücklich zweimal in der Apostelgeschichte: „Jeder erhielt je nachdem er bedürftig war“.

Ebenso falsch wie diese Behauptung ist die andere:

Die Kirchenväter seien Kommunisten

2. Grund.

gewesen. Aber haben die Kirchenväter, ein Ambrosius, ein Basilius, ein Hieronymus und ein Chrysostomus, nicht scharfe Reden gegen den — Reichtum gehalten! Gewiß, gegen den herzlosen Reichtum, aber nicht gegen das Eigentum.

Sie predigen den Reichen, daß der Reichtum soziale Pflichten hat gegen die Armen. Sie predigen gegen den Mammonsggeist, der rücksichtslos schaltet und waltet und sagt: „Ich kann mit meinem Geld machen, was ich will!“ Nein, sagen die Kirchenväter: das kannst und darfst du nicht! denn du bist nur der Verwalter deines Besitztums, über dessen

Verwendung du Gott einst Rechenschaft ablegen mußt. Also sie bekämpfen den Mißbrauch des Reichtums, die schlechte Verwendung des Eigentums, aber nicht das Eigentum selbst.

Als einmal der hl. Chrysoströmus angeklagt ward, als ob er die Reichen ohne weiteres und ohne Unterschied angegriffen habe, antwortete er in seiner Rechtfertigungsrede (Hom. über Eutrop II, 3), er habe nicht die Reichen als solche angegriffen, sondern die Reichen, welche von ihrem Reichtum einen schlechten Gebrauch machen. Was er aber darunter versteht, ersieht man aus seinen Worten an die Reichen: „Teile mit von deinem Besitz: um Freilich, wenn du nicht willst, ich zwinge dich nicht. Gott wollte das Almosen lieber vom freien Willen haben, um uns dafür belohnen zu können.“ (Hom. 64 über Matth.). Also von Kommunismus und von einem Zwang zum Geben keine Spur!

Die geschichtliche Forschung ist dann auch bezüglich des Urchristentums und der Kirchenväter zur Anerkennung folgender Tatsachen gekommen:

1. Weder die heilige Schrift noch die Kirchenväter kennen irgend welchen Kommunismus, weder einen solchen der Produktion noch des Gebrauchs. 2. Sie alle kennen sehr wohl die sozialen Pflichten des Reichtums oder des Eigentums überhaupt; aber es fällt ihnen nicht ein, das Eigentumsrecht als solches anzutasten oder einem Gebotswort das Wort zu reden. Alle betonen die Freiwilligkeit der Gaben und erkennen ein Recht zu fordern niemals an. 3. Die heilige Schrift und die Kirchenväter bekämpfen wohl den Mammonismus, d. h. jene nimmerjatte Habgucht, welche kein Bedenken trägt, aus anderer Leute Haut sich Riemen zu schneiden, jene Erwerbshier, welche über jede Forderung des Rechts und der Gerechtigkeit sich hinwegsetzt und alles dem eigenen Profit hinopfert; aber sie lehren deshalb keinen Kommunismus und keinen Sozialismus; sie richten ihre Pfeile nicht gegen das Eigentum als solches, sondern gegen dessen schlechten Gebrauch. 4. Vollends weiß die wirkliche Geschichte des Urchristentums nichts von einem Lumpenproletariat, das in einem sinnlosen Gebrauchskommunismus die Früchte fremder Arbeit verpraßt; vielmehr wendet sich das Urchristentum mit der größten Schärfe gegen einen solchen „Gebrauchskommunismus“ und betont die Pflicht der Arbeit für alle und jeden. 5. Die Erzählung von einem „Kommunismus“ des Urchristentums gehört in das Gebiet der Märlein, die zu einem ganz bestimmten Zweck erfunden und in Umlauf gesetzt, mit wirklicher Geschichte nichts zu tun haben.

Wie das Urchristentum gehandelt, wie die Kirchenväter gelehrt, so lehrt die Kirche auch heute noch: das Eigentum besteht zu Recht, aber die Besitzenden haben soziale Pflichten. Daraus will die Sozialdemokratie beweisen,

3. Grund.

Die Kirche sei die Schutztruppe des „Kapitalismus“.

Ist das wahr? Nein, ebensowenig als es wahr ist, daß jemand, der eine Sache anerkennt, auch deren Mißbrauch anerkennt. Wenn jemand die Buchdruckerkunst lobt, lobt er damit auch deren Mißbrauch im Dienst der Lüge, der Verleumdung, der Unsitlichkeit? Ganz gewiß nicht.

Wenn die Kirche die heutige kapitalistische Produktionsweise, d. h. die Tatsache, daß die Betriebsmittel wie Fabriken, Maschinen u. Eigentum des Unternehmers sind, nicht verwirft, so billigt sie damit nicht deren Mißbräuche.

Es gibt Leute, die in blinder Wut das ganze Porzellangeschirr zusammenschlagen, weil eine Tasse zerbrochen, und die das Haus über dem Kopf anbrennen, um das Ungeziefer zu vertilgen. Das sind glatte Berrücktheiten, die eines vernünftigen Mannes unwürdig. Ein vernünftiger Mann macht sich daran, die Mißstände zu beseitigen, in diesem Falle also die Errungenschaften der Neuzeit auch dem Arbeiterstand zuzuwenden, dessen Lage zu verbessern und zu heben auf dem Wege einer vernünftigen Sozialpolitik. Das verlangt die Kirche von der staatlichen Gesetzgebung. Leo XIII. hat deshalb in seiner Arbeiter-Encyklika den Staat und die Besitzenden an ihre sozialen Pflichten erinnert.

Er schreibt in seiner Encyklika *Rerum novarum*: „Die Pflichten, die die Kirche den Besitzenden und den Arbeitgebern einschärft sind die nachstehenden: die Arbeiter dürfen nicht wie Sklaven angesehen und behandelt werden; ihre persönliche Würde, welche geachtet ist durch ihre Würde als Christen, werde stets heilig gehalten; . . . unehrenvoll und unwürdig ist es, Menschen bloß zu eigenem Gewinne auszubeuten. . . . Vor allem ermahnt die Kirche die Arbeitsherren, den Grundsatz: Jedem das Seine, stets vor Augen zu behalten. Dieser Grundsatz sollte auch unparteiisch auf die Höhe des Lohnes Anwendung finden, ohne daß die verschiedenen mitzubehütenden Momente übersehen werden. Im allgemeinen ist in bezug auf den Lohn wohl zu beachten, daß es wider göttliches und menschliches Gesetz geht, Notleidende zu drücken und auszubeuten um des eigenen Vorteils willen. Dem Arbeiter den ihm gebührenden Verdienst vorenthalten, ist eine Sünde, die zum Himmel schreit“.

Darum ist die Kirche die Schutztruppe des Arbeiterstandes gegen den seine sozialen Pflichten vergessenden Kapitalismus, indem sie diesen und die ganze Gesetzgebung an ihre Pflichten gegen den Arbeiterstand im Namen des Rechts und der Gerechtigkeit mahnt.

4. Grund.

Die Kirche predige nur Zufriedenheit und Ergebung

und verlange damit vom Arbeiter, daß er sich stumpfsinnig die Haut über den Kopf ziehen lasse. So sagt die Sozialdemokratie. Die Kirche sagt anders. Die Kirche predigt Zufrieden-

heit und Ergebung in Gottes Willen dort, wo es sich handelt um Schicksalschläge, die unabwendbar in jedem Menschenleben vorkommen, wie Krankheiten, Todesfälle, schädigende Naturereignisse zc.

Gerade in solchen Heimsuchungen ist es die Religion, welche dem Menschen Kraft und Stärke gibt, daß er unter dem Druck der Leiden nicht erliegt und der Verzweiflung nicht anheimfällt. Oder was ist so geeignet, den Menschen aufrecht zu erhalten, wenn etwa der Tod ihm Vater oder Mutter, Frau oder Kind raubt, als der Gedanke, daß es ein Wiedersehen gibt und ein Jenseits und der Blick auf Christus den großen Kreuzträger, der uns Menschen das Kreuz der Leiden vorausgetragen hat!

In solchen unabwendbaren Heimsuchungen, da predigt die Kirche Ergebung in Gottes unerforschliche Ratschlüsse, aber sie predigt nicht Zufriedenheit in dem Sinne, daß der Mensch sich stumpfsinnig und tatlos in die wirtschaftlichen Verhältnisse ergebe, in die er hineingeboren ist. Nein, die Kirche predigt kräftige Selbsthilfe mit allen von Rechtswegen dem Menschen zustehenden Mitteln.

Es gehört schon eine so gründliche Unkenntnis des katholischen Katechismus, wie sie den sozialdemokratischen Agitatoren eigen ist, dazu, um sagen zu können,

der Glaube an das Jenseits mache unfähig zur Arbeit im Diesseits,
d. h. indem die Kirche den Arbeiter auf das Jenseits vertröste, wo er für seine Entbehrungen im Diesseits entschädigt würde, halte sie ihn in Abhängigkeit vom Unternehmertum, hindere ihn, in der gewerkschaftlichen Arbeit seine wirtschaftlichen Interessen zu fördern und zu verbessern.

Das gerade Gegenteil ist wahr!

Das Jenseits, die Aufnahme in den Himmel, ist kein Lohn für die Faulheit im Diesseits. Wohl steht die Faulheit im Katechismus, aber nicht bei den Kardinaltugenden, sondern bei den Hauptünden. Das Jenseits ist ein Lohn nicht für die Faulheit, sondern für die Arbeit, nicht für Pflichten-Vernachlässigung, sondern für Pflichterfüllung, nicht für träge Ruhe, sondern für Kämpfen und Ringen. Arbeit und Pflichterfüllung im Diesseits ist das Eintrittsgeld, das für die Aufnahme ins Jenseits erlegt werden muß. Darum wirkt der Gedanke an die jenseitige Zielbestimmung des Menschen nicht lähmend auf dessen Arbeitskraft sondern antreibend und fördernd.

Zu den Pflichten aber, die erfüllt werden müssen, gehört auch die Pflicht gegen die Familie, gegen die Angehörigen desselben Standes, mit allen erlaubten Mitteln an der wirtschaftlichen Höherhebung zu arbeiten.

Die Kirche also, weit entfernt diese Bestrebungen des Arbeiterstandes zu mißbilligen, billigt sie. Beweis: Das Eintreten von Päpsten und Bischöfen für das Koalitionsrecht der Arbeiter, ganz speziell für die christliche Gewerkschaftsbewegung.

5. Grund.

Die Sozialdemokratie sei gegen einen Kulturkampf.

Die Sozialdemokratie brüstet sich immer damit, daß ihre wenigen Abgeordneten seinerzeit gegen die Kulturkampfgesetze und jetzt stets mit dem Zentrum gegen das Jesuitengesetz seien. Ganz recht! Aber wenn zwei das Gleiche tun, ist es noch lange nicht das Gleiche. Nicht etwa aus religiöser Toleranz, nicht etwa aus Liebe zur Kirche, nicht etwa aus Rechtsgefühl ist die Sozialdemokratie gegen eine Kulturkampfgesetzgebung, sondern weil sie selbst sich fürchtet vor einem Sozialistengesetz. Wer ein Ausnahmegesetz gegen andere macht, darf sich nicht beschweren, wenn auch gegen ihn mit Ausnahmegesetzen vorgegangen wird. Aus diesem und keinem anderen Grunde ist die Sozialdemokratie gegen die Kulturkampfgesetze.

Das verrät das sozialdemokratische Reichstags-Handbuch des Genossen Schuppel, der hier (S. 692) das ehrliche Eingeständnis macht: „Die sozialdemokratische Fraktion hat auch hier, wie immer, jede Ausnahmegesetzgebung abgelehnt.“

Damit ist offen gesagt, woran noch niemand gezweifelt hat, daß lediglich taktische Erwägungen für dieses Verhalten der sozialdemokratischen Fraktion bestimmend waren; denn sie mußte mit dem Gedanken rechnen, daß — wie es ja tatsächlich geschehen ist — Ausnahmegesetze gegen sie selbst in Anwendung gebracht werden könnten. Einzig und allein aus diesem Grunde konnte und durfte sie sich nicht für Ausnahmegesetze gegen die Katholiken erklären, wenn sie sich nicht selbst von vornherein in den größten Mißkredit bringen und selbst den Ast absägen wollte, auf dem sie saß.

Wo aber die Sozialdemokratie keine Ausnahmegesetze gegen sich zu fürchten hat, da ist sie es, welche eintritt für die schmachvollsten Kulturkampfgesetze, wie man das in Frankreich sehen kann, wo es die Sozialdemokratie ist, welche die Buchhausgesetze gegen Mönche, Nonnen und Geistliche macht und betreibt.

6. Grund.

Bischof v. Ketteler habe die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie erlaubt.

Das ist eine Lüge, wie jeder einsieht, der die Tatsachen kennt. Im Mai 1866 hatten sich drei Arbeiter aus Dünwald bei Wülheim-Rh. über den Pfarrer von der Burg

beschwert, weil dieser ihnen wegen ihrer Zugehörigkeit zu dem Cassalle'schen Arbeiter-Verein, also nicht zur sozialdemokratischen Partei, die es damals noch gar nicht gab, die Losprechung in der Beichte verweigert hat.

Die Arbeiter fragten bei Bischof Ketteler an, wie sie sich zu verhalten hätten. In seinem Antwortschreiben sagt Ketteler:

„Im allgemeinen finde ich, soweit ich die ursprüngliche Bestimmung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins kenne und soweit diese offen und ausgesprochen vorliegt, die Teilnahme an demselben mit den Pflichten eines aufrichtigen katholischen Christen nicht unvereinbar. Das Bemühen, die trostlose Lage der Arbeiter zu verbessern . . . ist gewiß nicht im Widerspruch mit dem heutigen Christentum, sondern demselben vollkommen entsprechend.“

„Was insbesondere das persönliche Verhalten Cassalles zu den Glaubenssätzen des Christentums betrifft, so war er selbst zwar bekanntlich kein gläubiger Christ, aber auch wenigstens in der letzten Zeit, wo er sich der Arbeiterfrage zuwandte, soweit ich es beurteilen kann, kein blinder Parteimann, kein gehässiger Feind christlich katholischer Denkweise. Es hat mich gefreut, in seinen betreffenden Schriften eine gewisse Unabhängigkeit der Gesinnung anzutreffen, die ihn davor bewahrte, in den tollen Chor der Parteien gegen alle katholischen Grundsätze und Bestrebungen einzustimmen.“

„Unter seiner Leitung würde, soviel ich glaube, der allgemeine Arbeiterverein von seiner Bestimmung, für das Wohl der Arbeiter zu sorgen, nicht abgebracht, nie als Mittel zu antikatholischen Bestrebungen mißbraucht worden sein.“

Also unter einer großen Bedingung gestattet der Bischof den Beitritt zum Cassalle'schen Arbeiter-Verein, unter der Bedingung nämlich, daß der Verein nicht gegen die christliche Weltanschauung, nie als Mittel antikatholischer Bestrebungen mißbraucht werde.

Der Brief des Bischofs Ketteler könnte also nur dann aus seiner Zeit in die Gegenwart übertragen und auf die Frage der Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei angewendet werden, wenn die Sozialdemokratie diese Bedingungen hielte. Tut sie es? — Nein! im Gegenteil, sie betrachtet den Kampf gegen Religion, Christentum und Kirche als ihre Lebensaufgabe (siehe Apolog, Flugblatt 1—4). Bischof Ketteler hat die Bildung der sozialdemokratischen Partei noch erlebt, hat auch gesehen, wie diese Partei ihren ganzen Charakter geändert und nicht mehr nach einer Besserung der Lage der Arbeiterschaft strebte, sondern eine revolutionäre Agitation entfaltete. Da hat er dann auch seiner Ansicht Ausdruck gegeben in deutlichen Worten:

„Durch die Verschmelzung der beiden damals bestehenden Parteien der deutschen Arbeiter in Gorha am 25. Mai 1875, unter dem Namen der „sozialistischen Arbeiterpartei“ und auf Grund eines einheitlichen Programmes, haben die früheren Verbindungen nicht nur an innerer Kraft und Einheit zugenommen, sondern auch ihren Charakter vielfach wesentlich verändert . . . Aus einer Bewegung, welche hauptsächlich eine Reihe praktischer Forderungen für die Verbesserung des Arbeiterstandes im Auge hatte, ist eine entstanden, welche als Hauptziel eine Umgestaltung aller gesellschaftlichen Verhältnisse bezüglich des Erwerbes und der Verteilung der Güter dieser Welt, die sogenannte „sozialistische Gesellschaft“ anstrebt, während die praktischen Ziele fast ganz in den Hintergrund treten“ (bei Pfäfers, Bischof von Ketteler, III S. 294).

Und später in einer Uebersetzung heißt es:

„Die Arbeiterfrage, die einen so tiefen berechtigten Kern in sich trägt, läuft dadurch (durch die sozialistische Arbeiterpartei) Gefahr, in schwindelige, revolutionäre Agitationen hineingezogen zu werden. Sie läuft dadurch Gefahr, eine Gegenbewegung hervorzurufen, welche das Kind mit dem Bade ausschüttet und auch die berechtigten Forderungen unberücksichtigt läßt. Sie setzt auch dadurch die Arbeiter der Gefahr aus, von ihren Führern hintergangen zu werden.“ (Ebenda.)

Erlaubt also Bischof Ketteler die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie?
Nein! Niemals!

Und warum erlaubt er es nicht und kann es nicht erlauben?

Weil die Sozialdemokratie im höchsten Grade religionsfeindlich ist.

Kann also ein Katholik Sozialdemokrat sein? Laß dir diese Frage beantworten von dem Sozialdemokraten Pernerstorffer, der gesagt hat: „So viel ist sicher, daß ein gläubiger Katholik, der die Vorschriften des Katechismus befolgt, nicht Sozialdemokrat sein kann.“

beschwert, weil dieser ihnen wegen ihrer Inachbörigkeit zu dem Fassalle'schen Arbeiter-Verein, also nicht z...

Die Arbeiter fr...
seinem Antwortsch...

„Im allgemeinen...
deutschen Arbeitervereins...
an demselben mit den...
Bemühen, die trostlose...
dem heutigen Christentu...

„Was insbesonde...
tums betrifft, so war er...
letzten Zeit, wo er sich...
Parteimann, kein geschäftl...
betreffenden Schriften ei...
wahrte, in den tollen G...
einzustimmen.

„Unter seiner Leit...
Bestimmung, für da...
Mittel zu antikath...

Also unter ein...
Fassalle'schen Arbeiter-...
die christliche Welt...
mißbraucht werde.

Der Brief des...
wart übertragen und...
gewendet werden, wenn...
sie es? — Nein! im...
und Kirche als ihre Leh...
Bildung der sozialdemo...
ganzen Charakter geänd...
strebte, sondern eine rev...
Ausdruck gegeben in der...

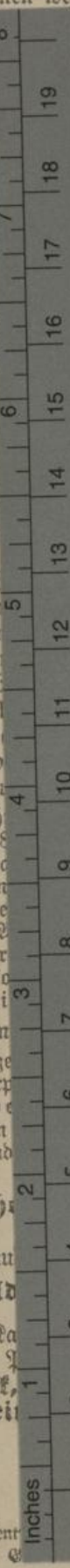
„Durch die Versch...
in Gotha am 25. Mai 18...
eines einheitlichen Progra...
Einheit zugenommen, son...
Aus einer Bewegung, we...
des Arbeiterstandes im V...
aller gesellschaftlichen Ver...
Welt, die sogenannte „so...
fast ganz in den Hi...

Und später in ein...
„Die Arbeiterfrage...
die sozialistische Arbeiterp...
hineingezogen zu we...
welche das Kind mit dem...
läßt. Sie setzt auch dab...
werden.“ (Ebenda.)

Erlaubt also Bisch...

Und warum erlau...
Weil die Soziald...

Kann also ein Ka...
dem Sozialdemokraten...
gläubiger Katholik,
Sozialdemokrat sei...



TIFFEN® Color Control Patches © The Tiffen Company, 2007

als noch gar nicht gab, die

zu verhalten hätten. In

immung des Allgemeinen
en vorliegt, die Teilnahme
nicht unvereinbar. Das
nicht im Widerspruch mit

laubenssätzen des Christen-
ber auch wenigstens in der
urteilen kann, kein blinder
hat mich gefreut, in seinen
ntreffen, die ihn davor be-
ndsätze und Bestrebungen

Arbeiterverein von seiner
abgebracht, nie als
rden sein.“

Bischof den Beitritt zum
er Verein nicht gegen
licher Bestrebungen

einer Zeit in die Gegen-
demokratischen Partei an-
gungen hielte. Tut
en Religion, Christentum
Bischof Ketteler hat die
r, wie diese Partei ihren
Lage der Arbeiterschaft
mann auch seiner Ansicht

en der deutschen Arbeiter
terpartei“ und auf Grund
nur an innerer Kraft und
sentlich verändert...
ngen für die Verbesserung
ptziel eine Umgestaltung
teilung der Güter dieser
ie praktischen Ziele
m Ketteler, III S. 294).

rägt, läuft dadurch (durch
onäre Agitationen
abewegung hervorzurufen,
ederungen unberücksichtigt
Führern hintergangen zu

Sozialdemokratie?

ionsfeindlich ist.

Frage beantworten von
l ist sicher, daß ein
mus befolgt, nicht